

Schweiz

Fünf gegen Stocker

Anfang nächste Woche wählt der Weltklimarat (IPCC) einen neuen Chef. Der Berner Klimaforscher Thomas Stocker tritt für die Schweiz an und hat gute Chancen. Doch die Konkurrenten sind nicht zu unterschätzen.

Martin Läubli

Der Berner Klimaforscher Thomas Stocker hat viel Zeit für seine Kandidatur investiert. Über 30 Länder bereiste er in den letzten drei Monaten. Im Gepäck trug er dezent gestaltete Werbekarten mit sich und verspricht: «Ich werde mich für einen starken und integrativen Weltklimarat einsetzen.» Seine Website ist modern und multimedial. «Das gehört einfach dazu», sagt er. Wichtiger sind dem Professor für Physik an der Universität Bern aber die Argumente, warum die Versammlung des Weltklimarats (IPCC) ihn in einer Woche in Dubrovnik zum Chef der weltweiten Klimaforscher wählen sollte. Stocker tritt gegen fünf Kandidaten an – erst letzte Woche gesellte sich noch ein Kandidat aus Afrika, Ogunlade Robert Davidson aus Sierra Leone, dazu.

Vorstellen muss sich der Klimaforscher nicht mehr. Immerhin ist er seit 17 Jahren für den IPCC tätig. Und als Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe I hat er das umfassende Gutachten zum physikalischen Zustand der Erde für den aktuellen fünften Klimabericht geprägt. Für den IPCC arbeiten derzeit insgesamt drei Arbeitsgruppen, die das Wissen über den physikalischen Zustand der Erde, über die Folgen des Klimawandels sowie über die nötigen Massnahmen und deren ökonomische Konsequenzen erarbeiten, sammeln und bündeln. Die Botschaft der Arbeitsgruppe I erhält jeweils die grösste öffentliche Aufmerksamkeit. Immerhin hat die UNO in der Klimarahmenkonvention festgeschrieben, dass sich die Erde nicht mehr als 2 Grad erwärmen darf.

Wahlkrimi mit eigenen Regeln

Würde nach den aktuellen wissenschaftlichen Meriten gewählt, müsste es eigentlich eine Ausmarchung zwischen Thomas Stocker und dem amerikanischen Kontrahenten Christopher Field geben. Der Biologe lehrt an der Stanford-Universität und leitete beim fünften Klimabericht die Arbeitsgruppe II, die sich mit den Folgen des Klimawandels beschäftigt. Beide Forscher gehören zu den Besten ihres Fachs.

Doch die Wahlen ins IPCC-Gremium haben eigene Regeln. Es gibt zwei Wahlgänge. Erreicht keiner der Kandidaten das absolute Mehr, gibt es einen Stichentscheid zwischen den beiden Nominierten mit den meisten Stimmen. «Da könnte eine einzige Stimme entscheiden», sagt Stocker. Es gibt keine Stimmengewichtung, jedes Land der 195 Vertragsstaaten hat eine Stimme. So erhält selbst der Kleinstaat Kiribati Gewicht. Das Land warnt seit Jahren vor dem Anstieg des



Thomas Stocker, Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe I des IPCC, will Nachfolger von Präsident Pachauri werden. Foto: AP

Meeresspiegels, weil die Regierung befürchtet, dass die Inseln dem Untergang geweiht seien. Wählen darf nur, wer an der IPCC-Konferenz in Dubrovnik anwesend ist. Bisher haben sich rund 120 Staaten angemeldet.

Für diesen prestigeträchtigen Posten gibt es keinen eigentlichen Wahlkampf. Die Kandidaten stellen sich vor, geben ihre Visionen kund, aber es gibt keine Podien, keine Streitgespräche. Diesmal können die Delegierten immerhin auswählen. Das war 2003 bei der Wahl des Inder Rajendra Pachauri anders, der in Dubrovnik offiziell verabschiedet worden wäre, jedoch wegen eines Verfahrens aufgrund des Verdachts auf sexuelle Belästigung frühzeitig den Rücktritt gegeben hatte.

Damals war die Öllobby für die Abwahl des IPCC-Vorstehers Robert Watson mitverantwortlich. Der Forscher hatte aufgrund der Resultate des 3. IPCC-Klimaberichts vor einer fatalen Klimaerwärmung gewarnt. Die offensive Haltung Watsons ging auch der US-Regierung unter George W. Bush zu weit. Das IPCC-Panel wählte Watson ab. Es folgte Rajendra Pachauri,

der Direktor des Energieforschungsinstituts Teri in Delhi und damals Verwaltungsrat der Indian Oil Corporation.

Heute ist es nur noch eine kleine Gruppe, die nach wie vor die Nähe des IPCC zur Politik kritisiert und deshalb radikale Reformen fordert. Der IPCC reagiert und das Verfahren für die Klimaberichte transparenter gemacht. Eine vollständige Abnabelung des Forscherremiums vom UNO-Apparat macht für Stocker keinen Sinn: «Dann wird man nicht mehr 1000 Forscher für diese Arbeit motivieren können, dann ist es ein Report wie viele andere.»

Wichtige Arbeitsgruppen

Es gebe doch kein stärkeres Signal als wissenschaftliche Botschaften, die schliesslich von allen Regierungen getragen werden. Eines attestieren Stocker selbst IPCC-Kritiker wie der deutsche Klimaforscher Hans von Storch: Der Berner Klimaforscher lässt sich durch die Politik als Wissenschaftler nicht verbiegen. Das gilt auch für den Amerikaner Christopher Field. Als Co-Vorsitzende ihrer Arbeits-

gruppen konnten sich beide in dieser Hinsicht profilieren.

Die übrigen Kandidaten waren beim letzten Klimabericht weder in die Erstellung noch in die Verhandlungen zwischen Forschern und Regierungen involviert, als es darum ging, einen Kurzbericht für die politischen Entscheidungsträger zu verfassen. Der von Österreich und Montenegro aufgestellte Ökonom Nebojsa Nakicenovic hat zwar schon als leitender Autor an verschiedenen IPCC-Berichten gearbeitet, ist aber als einziger Kandidat nicht Mitglied des IPCC-Büros.

Belgien hat den Physiker Jean-Pascal van Ypersele nominiert, derzeit einer von drei Vizepräsidenten. Er lobbyiert seit Jahren für das Amt des obersten IPCC-Chefs. Hoesung Lee aus Südkorea ist ebenfalls Vizepräsident des IPCC. Bei ihm, so wird gesagt, drängt vor allem der Staat auf das Amt, weil Südkorea sich auf die Fahne geschrieben hat, künftig mehr Ämter in internationalen Gremien zu bekleiden. Und kurzfristig stellte Sierra Leone Ogunlade Davidson als Vertreter von Afrika auf. Der Maschineningenieur

bekleidete bereits verschiedene Ämter im IPCC - bis 2014 war er Vizepräsident. Als ehemaliger Minister für Energie und Wasser steht er der Politik sehr nahe.

Damit ist die Ausgangslage noch offener geworden. Afrika stellt mit 54 Mitgliedern die grösste Gruppe des IPCC-Panels, gefolgt von Europa (52 Mitglieder), Asien (32 Mitglieder) und Nordamerika (23 Mitglieder). Doch es gilt: Wenn die USA den Posten des IPCC-Präsidenten unbedingt wollen, dann können sie genügend politischen Druck aufsetzen, um ihn auch zu kriegen. Mit der Dreifachkandidatur Europas sind die Wahlchancen für Stocker kleiner geworden. Allerdings wird die Gruppe in dieser Konstellation nicht einheitlich wählen können. Ob die EU-Länder jedoch einen Schweizer wählen, ist fraglich. «Der Ruf der Schweiz hat seit Februar 2014 in der EU spürbar gelitten», spielt Stocker auf den Volksentscheid über die Zuwanderungsinitiative an.

Im Grunde haben alle Kandidaten ähnliche Vorstellungen über den IPCC der Zukunft. Die Botschaften der Klimaforschung sollen für die Politiker und die Öffentlichkeit verständlicher werden, die Daten der Klimaforscher robuster und das Wissen über regionale Klimaentwicklungen besser. Stocker und sein Team haben es vorgemacht. Als einzige sind ihre Resultate des mehr als 1500 Seiten langen Berichts in wenige knappe Überschriften gefasst, die im Wortlaut von allen Regierungen im Konsens verabschiedet wurden. Das war neu.

Ehrenamtliche Arbeit

Möglicherweise ist aber auch ausschlaggebend, wo in Zukunft der thematische Fokus liegen soll. Eine Gruppe Wissenschaftler fordert, dass die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen verbessert werden soll. Über den physikalischen Zustand weiss die Klimaforschung viel, aber über Folgen, Massnahmen und die ökonomischen Konsequenzen gibt es nach wie vor wenig robuste Daten. Vielleicht ist das ein Vorteil für den Ökonomen Nebojsa Nakicenovic oder für Ogunlade Robert Davidson, die sich in den letzten Jahren mit den sozialen und wirtschaftlichen Aspekten befassten.

Der nächste IPCC-Vorsitzende jedenfalls darf nicht nur Repräsentant und Moderator, sondern muss auch Motivator sein. Die Last für die ehrenamtlich geleistete Arbeit ist in den letzten Jahren immer grösser geworden. Es braucht einen Macher, der die besten Klimaforscher überzeugen kann, weiterhin in den IPCC zu investieren. Das würde wieder für Stocker sprechen.

Wartefrist bei Einbürgerung trägt nicht zur Integration bei

Wer eingebürgert wird, integriert sich besser. Für die Bürgerrechtsreform kommt diese Erkenntnis zu spät.

Martin Wilhelm

«Der Föhn glaubt das nie und nimmer», sagte der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Föhn am Montag in der Fernsehsendung «10 vor 10». Der Föhn glaubt nicht, dass sich Ausländer besser integrieren, wenn sie rascher den Schweizer Pass erhalten – obwohl eine neue Studie von Forschern der Universitäten Zürich, Stanford und

Mannheim dies nahelegt. Wer sich in der Schweiz einbürgern lassen will, muss mindestens zwölf Jahre lang hier gelebt haben. Künftig werden es noch zehn Jahre sein, wie das Parlament letztes Jahr beschlossen hat – im Gegensatz zu Verschärfungen bei anderen Einbürgerungskriterien. Die Schweizer Wartefrist bewegt sich im internationalen Vergleich am oberen Rand. Hinter den unterschiedlichen Fristen stehen unterschiedliche Vorstellungen davon, was das Bürgerrecht ist und wie sich dessen Verleihung auf die Integration auswirkt. Für die einen ist klar: Die Einbürgerung ist die Belohnung für eine gelungene Integration.

Wie die Forscher in ihrer Studie schreiben, handelt es sich bei der vornehmlich bei konservativen Politikern verbreiteten Vorstellung der Einbürgerung als «Krone» der Integration um eine auch in der Wissenschaft vertretene These, die bisher empirisch nicht überprüft wurde – genauso wie ihre Gegenthese, wonach sich Eingebürgerte besser integrieren.

Um den Zusammenhang zwischen Einbürgerung und Integration zu ergründen, machten die Forscher 768 Personen ausfindig, deren Einbürgerungsgesuch an der Urne zwischen 1970 und 2003 entweder knapp angenommen oder knapp abgelehnt worden war, was laut den Forschern einem Zufallsentscheid gleichkommt. Die Forscher befragten die Personen zu politischem Engagement und Wissen, zur Lek-

türe von Schweizer Zeitungen, zur Mitgliedschaft in Vereinen und zur Absicht, den Lebensabend in der Schweiz zu verbringen. Es zeigte sich, dass jene, deren Einbürgerungsgesuch vor 15 Jahren oder mehr an der Urne knapp gutgeheissen wurde, heute im Schnitt spürbar besser integriert sind als jene, deren Gesuch damals knapp abgelehnt wurde. Dieser Effekt ist allerdings vor allem bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei sowie bei nicht in der Schweiz Geborenen spürbar. Bei weniger stark marginalisierten Gruppen, etwa jenen, die aus Nachbarländern der Schweiz stammen, ist der Einfluss der Einbürgerung auf die Integration hingegen gering.

Thomas Keller: «Demotivierend»

Wieso dieser Unterschied? «Für eine holländische Chefärztin am Unispital hat eine Einbürgerung relativ geringe Konsequenzen», sagt der an der Studie beteiligte Politologe Dominik Hangartner. Bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei sehe dies hingegen anders aus. «Der Schweizer Pass spielt für diese Gruppen bei der Arbeits- und der Wohnungssuche eine enorm wichtige Rolle», so Hangartner.

Aus den erhobenen Daten schliessen die Forscher zudem, dass sich die Einbürgerung umso positiver auf die Integration auswirkt, je früher sie geschieht. «Diejenigen, die sich nach zwölf Jahren einbü-

gern liessen, sind heute besser integriert als jene, die länger warten mussten», so Hangartner. Dies lasse darauf schliessen, dass eine Reduktion der Wohnsitzfrist die Integration verbessern könnte. Auf der anderen Seite plädieren die Forscher aber nicht dafür, das Bürgerrecht voraussetzungslos zu erteilen. Durch andere Anforderungen wie etwa Sprachkenntnisse könne die Aussicht auf eine Einbürgerung durchaus eine Motivation zur Integration bieten, so Hangartner.

Die Studie stellt somit die konservative Vorstellung der Einbürgerung als Belohnung für eine erfolgreiche Integration nicht per se infrage – sehr wohl aber die von konservativer Seite teilweise vehement vertretene lange Wohnsitzfrist. Die Befürworter einer kürzeren Frist nehmen die Resultate deshalb erfreut auf. Der frühere Basler Integrationsbeauftragte Thomas Kessler sagt, die Resultate bestätigten die Erfahrungen vor Ort und liessen sich auch plausibel erklären: «Die Staatsbürgerschaft verbessert bei Stigmatisierten den Status und motiviert sie zu Engagement.» Kessler ist der Meinung, wer sich bereits in den ersten Aufenthaltsjahren erfolgreich integriere, müsse spätestens nach acht Jahren Aussicht auf eine Einbürgerung haben. «Längere Fristen sind demotivierend, sie fördern auch nicht den Integrationsgrad.»

Eine Frist von acht Jahren hatte der Bundesrat bei der letztes Jahr verabschie-

deten Bürgerrechtsreform eigentlich vorgeschlagen, das Parlament beschloss aber als Kompromiss zehn Jahre. «Es ist wahn-sinnig schade, dass diese Studie erst jetzt erschienen ist», sagt SP-Nationalrätin Silvia Schenker (BS). «Die Diskussion wäre bestimmt anders verlaufen.» Dass die Frage der Wohnsitzfrist nochmals auf den Tisch kommt, hält Schenker für unrealistisch. Als Argument dürfte die Studie aber bei der noch hängigen Frage der erleichterten Einbürgerung für die dritte Generation sowie bei Bestrebungen der SVP zur Verschärfung des Bürgerrechts auf kantonaler Ebene gelten. «Ich hoffe, dass man nun zumindest diese Diskussionen noch beeinflussen kann», sagt Schenker.

Anzeige



Anzeige

